

Sachdokumentation:

Signatur: DS 668

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/668



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Türkei: Aktuelle Situation

Update

Weyermannsstrasse 10
Postfach
CH-3001 Bern

T ++41 31 370 75 75
F ++41 31 370 75 00

info@fluechtlingshilfe.ch
www.fluechtlingshilfe.ch

Spendenkonto
PC 30-1085-7

Bern, 19. Mai 2017



Member of the European
Council on Refugees and Exiles

Impressum

HERAUSGEBERIN

Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

SPRACHVERSIONEN

Deutsch, Französisch

COPYRIGHT

© 2017 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Politische Entwicklung und Sicherheitslage	1
	2.1 Politische Entwicklungen	1
	2.2 Sicherheitslage	3
3	Justizsystem	4
4	Menschenrechtslage	7
	4.1 Massenentlassungen, Annullierung von Reisepässen	8
	4.2 Prekäre Situation im Südosten, aussergesetzliche Tötungen	10
	4.3 Willkürliche Verhaftungen, Folter und Misshandlungen	11
	4.4 Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit	14
5	Intern Vertriebene	17
6	Sozioökonomische Lage	18

1 Einleitung

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten¹, auf eigenen Recherchen sowie auf Erkenntnissen einer Abklärungsreise vor Ort im November und Dezember 2016. Der vorliegende Bericht schliesst an das Themenpapier der Schweizerischen Flüchtlingshilfe vom 25. August 2016 zur Situation im Südosten² an und fokussiert auf Entwicklungen in der Türkei seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016. Auf aktuelle Gefährdungsprofile wird in einem weiteren Bericht der SFH eingegangen.³

2 Politische Entwicklung und Sicherheitslage

2.1 Politische Entwicklungen

Gescheiterter Putschversuch Juli 2016 und FETÖ. Im Juli 2016 scheiterten Teile des türkischen Militärs beim Versuch, die demokratisch gewählte Regierung aus dem Amt zu putschen.⁴ Bei Zusammenstössen in Ankara und Istanbul während des Putschversuchs wurden laut offiziellen Angaben mehr als 240 Personen getötet und mehr als 2100 Menschen verletzt.⁵ Die türkische Regierung beschuldigt die Bewegung des in den USA lebenden Fetullah Gülen⁶, hinter dem Putschversuch zu stehen. Diese wird von der Regierung als Fetullah-Terrororganisation bezeichnet (*Fetullahçı Terör Örgütü* (FETÖ)).⁷

¹ Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

² Siehe Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Türkei, Situation im Südosten, 25. August 2016.

³ Siehe Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Türkei, Update, Gefährdungsprofile, 19. Mai 2017.

⁴ US Department of State (USDOS), Country Reports on Human Rights Practices for 2016, Turkey, 3. März 2017: www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/2016/eur/265482.htm.

⁵ Ebenda; Human Rights Watch (HRW), Silencing Turkey's Media - The Government's Deepening Assault on Critical Journalism, 15. Dezember 2016, S. 1: www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/turkey1216_web.pdf.

⁶ Fethullah Gülen, der als geistiger Vater der Gülen-Bewegung (auch Hizmet-Bewegung genannt) gilt, lebt seit 1999 in der USA im Exil. Anhänger Gülens gründeten rund 1000 Schulen in mehr als 100 Ländern. In der Türkei entstanden Universitäten, Krankenhäuser, Wohltätigkeitsorganisationen und ein grosses Medienimperium der Gülen-Bewegung. Der Gülen-Bewegung wird in der Türkei vorgeworfen, Parallelstrukturen im Staat errichten zu wollen und den Sturz der aktuellen Regierung anzustreben. Tagesschau.de, Staatsfeind Nummer Eins, Der Prediger Fetullah Gülen, 17. Juli 2016: www.tagesschau.de/ausland/guelen-bewegung-101.html.

⁷ USDOS, Country Reports on Human Rights Practices for 2016, Turkey, 3. März 2017; HRW, Silencing Turkey's Media, 15. Dezember 2016, S. 13-14.

Autoritäre Tendenzen, Ausnahmezustand und Dekrete. Beobachter konstatieren seit dem Putschversuch im Juli 2016 immer stärkere autoritäre Tendenzen der aktuellen Regierung.⁸ Nach dem Putschversuch wurde im Juli 2016 ein Ausnahmezustand für 90 Tage ausgerufen.⁹ Der Ausnahmezustand wurde in der Folge kurz vor Ablauf immer wieder verlängert und ist nach der letzten Verlängerung voraussichtlich bis am 19. Juli 2017 in Kraft.¹⁰ Im Rahmen des Ausnahmezustands können Präsident Recep Tayyip Erdoğan und sein Kabinett per Dekret regieren. NGOs kritisieren, dass mit den weitreichenden Befugnissen des Ausnahmezustands generelle Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und menschenrechtliche Sicherheiten gegen Folter in Frage gestellt werden.¹¹

Verfassungsänderung. Am 16. April 2017 stimmte eine knappe Mehrheit der türkischen Wählerinnen und Wähler einer von der Regierung vorgeschlagenen Verfassungsänderung zu.¹² Beobachter kritisierten Unregelmässigkeiten und Benachteiligungen vor und während der Abstimmung.¹³ Mit der Verfassungsänderung wird in der Türkei ein Präsidialsystem errichtet und die Macht des Präsidenten ausgebaut.¹⁴ Die

-
- ⁸ HRW, World Report 2017, Turkey, 12. Januar 2017, S. 2: www.hrw.org/sites/default/files/turkey_2.pdf; Stiftung Wissenschaft Politik (SWP), Alida Vračić, Turkey's Role in the Western Balkans, Dezember 2016, S. 6: www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/research_papers/2016RP11_vcc.pdf; Interview im Dezember 2016 mit vor Ort tätigen Kontaktperson.
- ⁹ Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL), More arrests in Turkey as state of emergency takes effect, 21. Juli 2016: www.refworld.org/docid/57a43c9d15.html; Deutsche Welle (DW), Turkey suspends European Convention on Human Rights, 21. Juli 2016: www.dw.com/en/turkey-suspends-european-convention-on-human-rights/a-19416857.
- ¹⁰ Die Welt, Ausnahmezustand in der Türkei um drei Monate verlängert, 18. April 2017: www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article163739608/Ausnahmezustand-in-der-Tuerkei-um-drei-Monate-verlaengert.html; RFE/RL, Turkey Dismisses More Than 6,000 Workers In Post-Coup Purge, 7. Januar 2017: www.rferl.org/a/turkey-post-coup-purge-erdogan-police-civil-servants-academics/28218581.html; Hurriyet Daily News, Turkey extends state of emergency for additional three months, 3. Oktober 2016: www.hurriyettailynews.com/turkey-extends-state-of-emergency-for-additional-three-months.aspx?PageID=238&NID=104549&NewsCatID=338.
- ¹¹ Amnesty International (AI), Turkey, State of emergency provisions violate human rights and should be revoked, 19. Oktober 2016; www.refworld.org/docid/5825ec984.html.
- ¹² RFE/RL, Trump Congratulates Erdogan On Successful Referendum, White House Says, 18. April 2017: www.rferl.org/a/trump-congratulates-erdogan-successful-referendum-white-house-says/28436170.html.
- ¹³ Opposition sowie Vertreter der Abstimmungsbeobachtungsmissionen des Europarats kritisierten, dass die Wahlbehörde mit einer abrupten Regeländerung am Abstimmungstag gegen das Wahlgesetz verstossen habe und den Ausgang der Abstimmung beeinflusst haben könnte. Zudem wurden von Beobachtern kritisiert, dass im Vorfeld der Abstimmung Gegner in massiver Weise benachteiligt und eingeschüchtert wurden. Ebenda; Die Zeit, EU fordert Untersuchung von Manipulationsvorwürfen, 18. April 2017: www.zeit.de/politik/ausland/2017-04/tuerkei-eu-kommission-untersuchung-referendum-wahlbeobachter; Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Ein schwerwiegender Verdacht, Die Türkei nach der Abstimmung, 18. April 2017: www.nzz.ch/international/aktuelle-themen/nach-der-abstimmung-ueber-die-praesidialrepublik-ein-schwerwiegender-verdacht-id;1287446; NZZ, Ein Punktesieg mit bitterem Nachgeschmack, Türkisches Verfassungsreferendum, 17. April 2017: www.nzz.ch/international/europa/tuerkisches-verfassungsreferendum-ein-punktesieg-mit-bitterem-nachgeschmack-id.1287234; Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Turkey, Constitutional Referendum, 16 April 2017: Statement of Preliminary Findings and Conclusions, 17. April 2017, S. 1-13: www.osce.org/odihr/elections/turkey/311721?download=true.
- ¹⁴ Das Amt des Ministerpräsidenten wird abgeschafft und dessen Befugnisse auf den Präsidenten übertragen. Der Präsident kann Minister ernennen, das Parlament auflösen und wieder einberufen und Ernennungen in der Judikative kontrollieren. Zudem wird aus dem nach dem Putschversuch ausgerufenen Notstand ein Dauerzustand, da der Präsident dauerhaft das Recht erhält, per Dekret zu regieren. Schliesslich verliert das Parlament die Befugnis, ein Misstrauensvotum gegenüber der Regierung zu beschliessen. NZZ, Ein Punktesieg mit bitterem Nachgeschmack, 17. April 2017; Tagesschau, Abstimmung in Türkei, Präsidialsystem - was bedeutet das? 17. April 2017: www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-praesidialsystem-103~_origin-8056f6ce-2b01-42c5-a889-6c8dc32822f2.html; Al-Monitor, Turkey's AKP scrambles to curb economic woes until referendum, 19. Januar 2017: www.al-monitor.com/pulse/originals/2017/01/turkey-akp-scrambles-to-curb-economic-woes-until-referendum.html#ixzz4WJ3VRgoi.

Reform soll voraussichtlich nach der Wahl im November 2019 in Kraft treten.¹⁵ Präsident Erdogan hat zu verschiedenen Zeitpunkten das Referendum mit einer möglichen Wiedereinführung der Todesstrafe verknüpft.¹⁶

Verwalter in Gemeinden im Südosten. Die türkische Regierung hat die Befugnisse des Ausnahmezustands genutzt, um im Südosten des Landes durch Verwalter die direkte Kontrolle über Gemeinden zu übernehmen, demokratisch gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der *Demokratik Bolgeler Partisi* (DBP)¹⁷ abzusetzen und zu verhaften.¹⁸

2.2 Sicherheitslage

Eskalation Kurdenkonflikt und hohe Zahl von Opfern. Wie im SFH-Themenpapier vom 25. August 2016 erwähnt, ist der Konflikt zwischen türkischen Sicherheitskräften und der *Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK) seit Mitte 2015 eskaliert.¹⁹ Insbesondere zwischen Januar und Mai 2016 fanden massive Sicherheitsoperationen in urbanen Gebieten im Südosten statt.²⁰ Im Winter 2016/2017 haben sich die Kampfhandlungen zwischen der PKK und den türkischen Sicherheitskräften in die Berggebiete verlagert.²¹ Die *International Crisis Group* (ICG) erwartet nach einer zeitweisen, durch die Wintermonate bedingten Reduktion der Kampfhandlungen eine weitere Verschärfung des Konflikts.²² ICG dokumentiert in einer interaktiven Statistik am 14. Mai 2017 ins-

¹⁵ NZZ, Ein Punktesieg mit bitterem Nachgeschmack, 17. April 2017.

¹⁶ NZZ, Erdogan stellt Wiedereinführung der Todesstrafe in Aussicht, 16. April 2017: www.nzz.ch/international/wahlen-in-der-tuerkei-laut-erdogan-ebnet-sieg-bei-referendum-todesstrafe-den-weg-ld.1287178.

¹⁷ Die nationale kurdische Bewegung wird hauptsächlich durch die zwei politischen Parteien Halklarin Demokratik Partisi (HDP) im nationalen Parlament und die Demokratik Bolgeler Partisi (DBP) auf lokaler Gemeindeebene vertreten. Die DBP kontrolliert seit den Kommunalwahlen vom März 2014 einen grossen Teil der Gemeinden im Südosten. Die HDP und die DBP sollen identische ideologische und politische Positionen haben und die DBP wird von verschiedenen Quellen als Ableger oder lokale Schwester-Partei der HDP bezeichnet. Interview vom 2. Dezember 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Deutschland) (BAMF), Briefing notes vom 17.10.2016, 17. Oktober 2016, S. 3: www.ecoi.net/file_upload/5250_1485358627_deutschland-bundesamt-fuer-migration-und-fluechtlinge-briefing-notes-17-10-2016-deutsch.pdf; Immigration and Refugee Board of Canada (IRB) Turkey: Situation and treatment of members of Kurdish political parties that have succeeded the People's Democracy Party (Halkin Demokrasi Partisi, HADEP), including the Peace and Democracy Party (Baris ve Demokrasi Partisi, BDP), and the Peoples' Democratic Party (Halklarin Demokratik Partisi, HDP); whether HADEP and other older acronyms are still in use (2011-2016), 14. Juni 2016: www.irb.gc.ca/Eng/ResRec/RirRdi/Pages/index.aspx?doc=456567&pls=1.

¹⁸ Bisher wurden rund 136 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der DBP abgesetzt und 83 Verwalter eingesetzt. International Crisis Group (ICG), Managing Turkey's PKK Conflict, The Case of Nusaybin, 2. Mai 2017, S. 9: <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/243-managing-turkey-s-pkk-conflict-the-case-of-nusaybin.pdf>.

¹⁹ SFH, Türkei, Situation im Südosten, 25. August 2016.

²⁰ HRW, World Report 2017, Turkey, 12. Januar 2017, S. 5.

²¹ Interview im Dezember 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson mit Expertenwissen zum Konflikt im Südosten; ICG, Turkey's PKK Conflict Veers onto a More Violent Path, 10. November 2016: www.crisisgroup.org/europe-central-asia/western-europemediterranean/turkey/turkeys-pkk-conflict-veers-more-violent-path.

²² ICG, Turkey's PKK Conflict Veers onto a More Violent Path, 10. November 2016.

gesamt 2798 bestätigte Todesfälle bei Zusammenstößen zwischen PKK und den türkischen Sicherheitskräften seit dem 20. Juli 2015 – darunter rund 400 Zivilisten.²³ Andere Quellen geben weit höhere Zahlen an.²⁴

Starke Zunahme von Anschlägen und Angriffen durch PKK und die Organisation «Islamischer Staat». *Amnesty International* berichtet im Februar 2017, dass im Jahr 2016 eine starke Zunahme gezielter Anschläge gegen zivile Personen durch den sogenannten «Islamischen Staat» (IS), die PKK und weitere Gruppierungen zu verzeichnen war.²⁵ Insbesondere die PKK und PKK-Splittergruppierungen übernahmen für eine Vielzahl von Anschlägen die Verantwortung.²⁶ Nach Angaben von *Hurriyet Daily News* vom 2. Januar 2017 sei die Türkei im Jahr 2016 eines der Haupt-Anschlagsziele des IS geworden.²⁷

Konflikt in Syrien. Der Konflikt in Syrien hat weiterhin die Sicherheitslage der Türkei beeinflusst. Einerseits durch die vermehrten Anschläge des IS, andererseits durch militärische Aktionen gegen die kurdischen Volksschutzeinheiten (YPG) in Syrien. Im August 2016 hat die Türkei eine Offensive in der Grenzregion auf syrischer Seite gestartet und kurdische Einheiten in Syrien angegriffen.²⁸

3 Justizsystem

Massenentlassungen und Verhaftungen; Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz nicht mehr gewährleistet. Verschiedene Quellen geben an, dass die türkische Justiz in starkem Masse von der politischen Exekutive beeinflusst wird und dies nach dem Putschversuch im Juli 2016 weiter zugenommen hat.²⁹ Laut verschiedener Quellen ist zurzeit die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei unterhöhlt und nicht

²³ ICG, Turkey's PKK Conflict, The Rising Toll, Stand 14. Mai 2017: www.crisisgroup.be/interactives/turkey/.

²⁴ Siehe SFH, Türkei, Situation im Südosten, 25. August 2016, S. 5-6.

²⁵ AI, Amnesty International Report 2016/17 - The State of the World's Human Rights - Turkey, 22. Februar 2017: www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/turkey/report-turkey/.

²⁶ Die Zeit, Anschlag in Istanbul, Verdächtiger gesteht Attentat auf Nachtclub, 17. Januar 2017: www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-01/anschlag-istanbul-nachtclub-verdaechtiger-gestaendnis; Al Jazeera, Timeline of Attacks in Turkey, 1. Januar 2017: www.aljazeera.com/in-depth/interactive/2016/06/timeline-attacks-turkey-160628223800183.html; Hurriyet Daily News, At least 275 killed in ISIL, PKK terror attacks in Turkey in 2016, 11. Dezember 2016: www.hurriyetaidailynews.com/at-least-275-killed-in-isil-pkk-terror-attacks-in-turkey-in-2016.aspx?pageID=238&nID=107145&NewsCatID=509; SFH, Türkei, Situation im Südosten, 25. August 2016, S. 6-7.

²⁷ So hätten Anschläge des IS im Jahr 2016 in der Türkei insgesamt mindestens 124 Tote und 419 Verletzte zur Folge gehabt. Nicht enthalten in dieser Zahl sind die 40 Toten und 70 Verletzten, welche ein Anschlag in einem Nachtclub in Istanbul vom 1. Januar 2017 zur Folge hatte. Die Zeit, Anschlag in Istanbul, 17. Januar 2017; Hurriyet Daily News, Turkey became major target of ISIL attacks in 2016, 2. Januar 2017.

²⁸ Im Oktober 2016 hat das türkische Parlament das Mandat, Militärinterventionen in Syrien und Irak durchzuführen, für ein Jahr verlängert. AI, The State of the World's Human Rights, Turkey, 22. Februar 2017; HRW, World Report 2017, Turkey, 12. Januar 2017, S. 1; SFH, Türkei, Situation im Südosten, 25. August 2016, S. 18-21.

²⁹ USDOS, Country Report on Human Rights Practices 2016 - Turkey, 3. März 2017; Interviews im November 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktpersonen mit Expertenwissen zur Menschenrechtssituation; International Bar Association, IBA calls for end to dismantling of judiciary, and reinstatement of judges in Turkey, 27. Juli 2016: www.ibanet.org/Article/NewDetail.aspx?ArticleUid=ec860506-e7cd-43f2-99c7-fe2a84453a28.

mehr gewährleistet.³⁰ Die *Europäische Kommission* stellte im Fortschrittsbericht vom November 2016 fest, dass tiefgreifende Änderungen in der Struktur und Zusammensetzung der höchsten Gerichte in hohem Mass besorgniserregend sind.³¹ Laut *US Department of State* hatte die Suspendierung, die Inhaftierung, die Entlassung sowie die Beschlagnahme persönlicher Besitztümer von mehr als 3000 Mitarbeitenden des Justizsystems eine negative Wirkung auf die Unabhängigkeit der Justiz.³² Nach Angaben türkischer NGOs wurden seit dem gescheiterten Putschversuch bis am 13. Februar 2017 insgesamt sogar über 3600, respektive rund 24 Prozent aller Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte entlassen.³³ Aktuelle Richter und Staatsanwälte wissen laut einer Kontaktperson, dass sie entlassen oder verhaftet werden können, wenn sie nicht entsprechend der Vorgaben der politischen Regierungspartei *Adalet ve Kalkınma Partisi* (AKP) handeln.³⁴

Verzögerung der Verfahren. Nach im Dezember 2016 gemachten Angaben von *Nils Melzer, UNO-Sonderberichterstatter zu Folter*, führte die Anzahl der Entlassungen im Justizbereich dazu, dass Verfahren oft nicht mehr in einem angemessenen Zeitraum bearbeitet werden.³⁵

Einschränkung von rechtsstaatlichen Schutzmechanismen in Haft. Laut *US Department of State* ist der inkonsistente Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren und die Beschneidung von Schutzmechanismen in Haft ein bedeutendes Problem bezüglich

³⁰ Interviews im November 2016 mit vor Ort tätigen Kontaktpersonen mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich; HRW, Turkey, State of emergency provisions violate human rights and should be revoked - Joint NGO Letter, 20. Oktober 2016: www.ecoi.net/local_link/331013/472205_de.html; Council of Europe, Commissioner for Human Rights (CoE-CommDH), Memorandum on the human rights implications of the measures taken under the state of emergency in Turkey, 7 Oktober 2016, S. 3: <https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=09000016806db6f1>; Reporters Without Borders (RSF), State of Emergency State of Arbitrary, 25. September 2016, S. 2: www.reporter-ohne-grenzen.de/uploads/tx_ifnews/media/160900_Turkey_state_of_emergency_report_-_RSF.pdf.

³¹ Europäische Kommission, Turkey 2016 Report, 9. November 2016, S. 17: www.ecoi.net/file_upload/1226_1480931038_20161109-report-turkey.pdf.

³² USDOS, Country Report on Human Rights Practices 2016 - Turkey, 3. März 2017.

³³ Laut Bericht des Europarats vom 12. Dezember 2016 wurden bis zum 29. November 2016 rund 3900 neue Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ernannt. İnsan Hakları Ortak Platformu (IHOP) und İnsan Hakları Derneği (IHD), Fact Sheet, State of Emergency Measures, 17. Februar 2017, S. 13-14; Council of Europe (CoE), Committee on the Honouring of Obligations and Commitments by Member States of the Council of Europe, Post - monitoring dialogue with Turkey, The failed coup in Turkey of 15 July 2016: some facts and figures, 12. Dezember 2016, S. 6: www.website-pace.net/documents/19887/2221584/AS-MON-INF-2016-14-EN.pdf/dd9e2a06-d8e0-4d75-86aa-e38c14bfe12f.

³⁴ Interview im November 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich.

³⁵ OHCHR news, Preliminary observations and recommendations of the United Nations Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman and degrading treatment or punishment, Mr. Nils Melzer on the Official visit to Turkey – 27 November to 2 December 2016, 2. Dezember 2016: www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=20976&LangID=E.

der Menschenrechte in der Türkei.³⁶ Dazu gehören unter anderem die verlängerte Polizeihaft³⁷ auf mittlerweile sieben bis maximal 14 Tage³⁸ und die eingeschränkte Wahl eines Anwalts sowie Druckversuche gegen Anwälte.³⁹ Weiterhin ist das Recht der Inhaftierten auf vertrauliche Gespräche mit ihrer Rechtsvertretung eingeschränkt.⁴⁰ So dürfen Regierungsbeamte bei Gesprächen zwischen Anwälten und Inhaftierten dabei sein und Film- und Tonaufnahmen machen.⁴¹ Die Verweigerung des Zugangs zu einem Rechtsbeistand während bis zu fünf Tagen in Haft wurde mittlerweile aufgehoben, hat aber viele bis Ende Januar 2017 Inhaftierte betroffen.⁴²

Kaum unabhängige Kontrolle in Hafteinrichtungen. Seit der Auflösung der Nationalen Menschenrechtsinstitution im April 2016 und wegen der Funktionsuntüchtigkeit der Nachfolgeinstitution gab es keine unabhängige Kontrollinstanz für die Zustände in den Hafteinrichtungen.⁴³ Nach Angaben von Kontaktpersonen basieren die Informationen zu den Bedingungen in Haftanstalten mehrheitlich auf Aussagen von Rechtsbeiständen, Familien und freigelassenen Betroffenen.⁴⁴ Laut *US Department of State* wurde NGOs der Zugang zu Gefängnissen nicht erlaubt, jedoch wurden einigen

³⁶ USDOS, Country Report on Human Rights Practices 2016 - Turkey, 3. März 2017.

³⁷ Im Unterschied zur Untersuchungshaft sind Personen in Polizeihaft noch nicht vor eine Richterin oder einen Richter gebracht worden. Nach Einschätzung von Menschenrechtsexpertinnen und -experten sind Verhaftete während des Zeitraums der Polizeihaft besonders verletzlich, Misshandlungen und missbräuchlicher Behandlung ausgesetzt zu sein. HRW, A Blank Check, Turkey's Post-Coup Suspension of Safeguards Against Torture, Oktober 2016, S. 3; www.hrw.org/report/2016/10/24/blank-check/turkeys-post-coup-suspension-safeguards-against-torture.

³⁸ Am 23. Januar 2017 wurde eine Haftdauer mittels Dekret 684 von sieben Tagen, respektive maximal 14 Tagen erlaubt, wenn ein Staatsanwalt in letzterem Fall eine Verlängerung von sieben Tagen bewilligt. Während rund einem halben Jahr war die Haftdauer sogar von vier auf 30 Tage erhöht worden (Dekret 667 vom 23. Juli 2016). İnsan Hakları Ortak Platformu (IHOP) und İnsan Hakları Derneği (IHD), Fact Sheet, State of Emergency Measures, 23. Februar 2017, S. 5; HRW, World Report 2017, Turkey, 12. Januar 2017, S. 2: www.hrw.org/sites/default/files/turkey_2.pdf; OHCHR News, Preliminary observations and recommendations of the United Nations Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman and degrading treatment or punishment, 2. Dezember 2016.

³⁹ Nach Angaben von AI wurden nach dem Putschversuch Verhafteten oft keine privaten Anwälte, sondern nur Pflichtverteidiger erlaubt. Oft wurden nach Angaben von HRW nur Pflichtanwälte erlaubt, welche einfacher unter Druck zu setzen waren, da sie jung und unerfahren sind. Private Anwältinnen und Anwälte, die dennoch kritische Mandate übernahmen, sollen teilweise unter Druck geraten sein. AI, The State of the World's Human Rights - Turkey, 22. Februar 2017; HRW, A Blank Check, Oktober 2016, S. 2; AI, Turkey, Independent Monitoring must be allowed to Access detainees amid torture allegations, 24. Juli 2016: www.amnesty.org/en/latest/news/2016/07/turkey-independent-monitors-must-be-allowed-to-access-detainees-amid-torture-allegations/?__hstc=143095274.2fdd7a7debc8575bac5a80cf7e168316.1479859200061.1479859200062.1479859200063.1&__hssc=143095274.1.1479859200064&__hsfp=998628806.

⁴⁰ CoE-CommDH, Memorandum on freedom of expression and media freedom in Turkey, 15. Februar 2017, S. 16: www.ecoi.net/file_upload/1226_1487663631_commdh-2017-5-en.pdf.

⁴¹ Nach Erkenntnissen von HRW vom Oktober 2016 waren Polizeibeamte oft bei Gesprächen zwischen Anwälten und Inhaftierten anwesend, zeichneten manchmal sogar die Gespräche auf oder sahen die Notizen der Anwälte durch. IHOP/IHD, Fact Sheet, 23. Februar 2017, S. 6; HRW, A Blank Check, Oktober 2016, S. 2; AI, Independent monitors must be allowed, 24. Juli 2016.

⁴² Das Dekret Nr. 668 vom 27. Juli 2016 erlaubte dem Staatsanwalt, einer verhafteten Person den Zugang zu einem Anwalt bis zu fünf Tagen zu verweigern. Diese Einschränkung wurde am 23. Januar 2017 aufgehoben. In der Realität befanden sich laut HRW Inhaftierte in Isolationshaft, da Familienangehörige oft ebenfalls keinen Zugang erhielten. AI, Journalism Is Not A Crime, Crackdown on Media Freedom in Turkey, 3. Mai 2017, S. 5: www.ecoi.net/file_upload/1226_1493794564_eur4460552017english.pdf; IHOP/IHD, Fact Sheet, 23. Februar 2017, S. 5; HRW, A Blank Check, Oktober 2016, S. 2, 17, 19.

⁴³ AI, The State of the World's Human Rights - Turkey, 22. Februar 2017; Interviews im November 2016 mit vor Ort tätigen Kontaktpersonen mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich; CoE-CommDH, Memorandum on the human rights implications of the measures taken under the state of emergency in Turkey, 7 Oktober 2016, S. 3-4.

⁴⁴ Interviews vom November 2016 mit vor Ort tätigen Kontaktpersonen mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich.

internationalen Delegationen Besuche in gewisse Haftanstalten gestattet.⁴⁵ Der *UNO-Sonderberichterstatter zu Folter* konnte im November und Dezember 2016 einige Haftanstalten besuchen.⁴⁶

Überfüllte Gefängnisse, schlechte Lebensbedingungen, ungenügende Gesundheitsdienste, degradierende Behandlung. Nach dem Putschversuch sind Gefängnisse massiv überfüllt und laut *UNO-Sonderberichterstatter zu Folter* zum Teil zu 200 Prozent belegt.⁴⁷ Die bereits zuvor ungenügenden Bedingungen für Inhaftierte in Gefängnissen wurden dadurch weiter verschlechtert. Das *US Department Of State* berichtet mit Bezug auf Angaben von Menschenrechtsorganisationen, dass Inhaftierte kaum Zugang zu Trinkwasser, genügend geheizten Wohnräumen, Frischluft, und Licht haben.⁴⁸ Ferner sei in Haftanstalten der Zugang zu Gesundheitsdiensten eingeschränkt.⁴⁹ Das *US Department Of State* berichtete im April 2017, dass insgesamt nur elf Ärzte für die landesweit 372 Gefängnisse zuständig seien. So decke ein Arzt die Gesundheitsversorgung für 33 Gefängnisse und rund 17'000 Inhaftierte ab. Menschenrechtsorganisationen äusserten schwere Besorgnis über die schlechte Gesundheitsversorgung und die ungenügende Anzahl des für die Gefängnisse verfügbaren Arztpersonals.⁵⁰ Verschiedene Quellen berichten von Misshandlungen, Prügel und degradierender Behandlung von Gefangenen.⁵¹ Schliesslich gibt es zahlreiche Hinweise auf Folter in Haft.⁵²

4 Menschenrechtslage

Gravierende Verschlechterung der Menschenrechtslage. Verschiedene Beobachter konstatieren eine gravierende Verschlechterung der Menschenrechtslage.⁵³ Die

⁴⁵ USDOS, Country Report on Human Rights Practices 2016 - Turkey, 3. März 2017.

⁴⁶ OHCHR News, Preliminary observations and recommendations of the United Nations Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman and degrading treatment or punishment, 2. Dezember 2016; Interviews im November 2016 mit vor Ort tätigen Kontaktpersonen mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich.

⁴⁷ Ebenda; USDOS, Country Report on Human Rights Practices 2016 - Turkey, 3. April 2017.

⁴⁸ USDOS, Country Report on Human Rights Practices 2016 - Turkey, 3. April 2017.

⁴⁹ IHD, IHD's 2016 Report on Human Rights Violations in eastern and Southeastern Anatolia Region, 1. Februar 2017: www.ihd.org.tr/en/index.php/2017/02/01/ihds-2016-report-on-human-rights-violations-in-eastern-and-southeastern-anatolia/; Interview im November 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich; Hurriyet Daily News, Former torture methods reemerge in Turkish prisons, Human Rights Association, 14. September 2016: www.hurriyet-dailynews.com/former-torture-methods-reemerge-in-turkish-prisons-human-rights-association.aspx?pageID=238&nID=103887&NewsCatID=339.

⁵⁰ USDOS, Country Report on Human Rights Practices 2016 - Turkey, 3. April 2017.

⁵¹ IHD, Report on Violations of Rights in Van T-Type Closed Prison, 25. Januar 2017: www.ihd.org.tr/en/index.php/2017/01/25/report-on-the-violations-of-rights-occurred-in-the-van-t-type-closed-prison/; OHCHR News, Preliminary observations and recommendations of the United Nations Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman and degrading treatment or punishment, 2. Dezember 2016; Interview im November 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich; RSF, State of Emergency State of Arbitrary, 25. September 2016, S.7.

⁵² Siehe Kapitel 4.3.

⁵³ Amnesty International; ARTICLE 19; Human Rights Watch; PEN International, Joint Letter to the Members of the Parliamentary Assembly of the Council of Europe, 20. Januar 2017, S. 1: www.hrw.org/sites/default/files/supporting_resources/joint_ngo_pace_turkey20012017.pdf; Freedom House, Freedom of the World 2017, Turkey, Januar 2017: www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2017/turkey.

türkische Regierung hat im Rahmen des Ausnahmezustands verschiedene Artikel der europäischen Menschenrechtskonvention und des internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte temporär ausgesetzt, darunter auch die Artikel zur menschlichen Behandlung von Inhaftierten (Artikel 10), faire Gerichtsverfahren (Artikel 14) und dem Recht auf eine wirksame Beschwerde (Artikel 2,3).⁵⁴

4.1 Massenentlassungen, Annullierung von Reisepässen

Zahl der Entlassungen und Suspendierungen steigt weiter an. Seit dem Putschversuch wurden bis Mitte Mai 2017 rund 138'000 im öffentlichen Sektor oder in staatsnahen Betrieben tätige Personen entlassen oder suspendiert.⁵⁵ Begründet werden Entlassungen meist mit angeblichen Verbindungen zu einer terroristischen Organisation – vor allem zur Gülen-Bewegung – oder wegen Bedrohung der nationalen Sicherheit.⁵⁶

Prekäre Situation für Entlassene. Die Namen der Entlassenen wurden grösstenteils in amtlichen Publikationen veröffentlicht und die Betroffenen als «Terroristen» stigmatisiert.⁵⁷ Die Dekrete des Ausnahmezustands regeln, dass die Entlassenen weder direkt noch indirekt in öffentlichen Diensten wieder angestellt werden dürfen.⁵⁸ Betroffene finden auch in der Privatwirtschaft keine Anstellung, da die Unternehmen Nachteile oder Probleme befürchten.⁵⁹ Schliesslich berichten Betroffene, dass sie seit

⁵⁴ Die türkische Regierung hat nicht angegeben, welche Artikel der europäischen Menschenrechtskonvention ausgesetzt wurden, dagegen die ausgesetzten Artikel des internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte aufgelistet. AI, The State of the World's Human Rights - Turkey, 22. Februar 2017; HRW, World Report 2017, Turkey, 12. Januar 2017, S. 2; Martin Scheinin, EJIL: Talk! Blog of the European Journal of International Law, Turkey's Derogation from Human Rights Treaties – An Update, 18. August 2016: www.ejiltalk.org/turkeys-derogation-from-human-rights-treaties-an-update/#more-14518; United Nations, Turkey Notification under Article 4(3), 11. August 2016: <https://treaties.un.org/doc/Publication/CN/2016/CN.580.2016-Eng.pdf>.

⁵⁵ Die Menschenrechtsorganisationen IHOP und IHD haben detaillierte Angaben zu den bis zum 17. Februar 2017 rund 100'000 entlassenen Personen und die betroffenen Berufsgruppen gesammelt. Turkey Purge, Home Page, Turkey widens post-coup surge, 15. Mai 2017: www.turkeypurge.com/IHOP/IHD, Fact Sheet, 17. Februar 2017, S. 7-15.

⁵⁶ Die Begründung der Entlassungen und die Auswahl der zu Entlassenden scheinen oft fragwürdig: Eine Kontaktperson gab der SFH an, dass zum Beispiel ausserordentlich viele körperlich behinderte Lehrpersonen wegen angeblicher Unterstützung von Terrorismus entlassen wurden. Amnesty International; ARTICLE 19; Human Rights Watch; PEN International, Joint Letter to the Members of the Parliamentary Assembly of the Council of Europe, 20. Januar 2017, S. 1; Interview im Dezember 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson.

⁵⁷ Eine Kontaktperson gab an, dass nicht alle Namen von Betroffenen publiziert worden sind. Nach Angaben von Kontaktpersonen werden die Entlassenen und ihre Familien in der Gesellschaft als mutmassliche «Terroristen» stigmatisiert. Telefoninterview im Januar 2017 mit betroffenen Kontaktpersonen vor Ort; Interview im Dezember 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson mit Expertenwissen zur aktuellen Situation in der Türkei; CoE, Venice Commission, Turkey, Emergency Decree Laws of July – September 2016, Nos 667-674, Translation by the Turkish Government, 19. November 2016, S. 28: [www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-REF\(2016\)061-e](http://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-REF(2016)061-e).

⁵⁸ CoE, Committee on the Honouring of Obligations and Commitments by Member States of the Council of Europe, Post - monitoring dialogue with Turkey, 12. Dezember 2016, S. 3: <http://website-pace.net/documents/19887/2221584/AS-MON-INF-2016-14-EN.pdf/dd9e2a06-d8e0-4d75-86aa-e38c14bfe12f>.

⁵⁹ Eine Kontaktperson berichtete, dass die Sozialversicherungsausweise der Betroffenen gekennzeichnet seien. Council of Europe - Parliamentary Assembly (CoE-PACE), The functioning of democratic institutions in Turkey, 5. April 2017, S. 21: www.ecoi.net/file_upload/1226_1491999505_functioningdemocraticinstitutionsturkey.pdf; Telefoninterview im Januar 2017 mit betroffenen Kontaktpersonen vor Ort; Interviews im Dezember 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich sowie vor Ort tätiger Kontaktperson mit Expertenwissen zur Situation in der Türkei.

der fristlosen Entlassung keine Gehälter erhielten und die Familien seit Monaten ohne Einkommen lebten.⁶⁰ Nach Angaben der *Europäischen Kommission* wurde teilweise auch das Vermögen der Entlassenen blockiert.⁶¹ Nach der Entlassung sind die Betroffenen und damit auch nicht erwerbstätige Familienangehörige zudem nicht mehr krankenversichert.⁶²

Annulation der Reisepässe, Graubereich bei Umsetzung. Die Reisepässe von Personen, gegen die eine administrative Massnahme, eine Untersuchung oder ein Strafverfahren wegen einer Mitgliedschaft, Verbindung oder Kontakt mit einer die nationale Sicherheit bedrohenden Gruppierung läuft, werden annulliert.⁶³ Davon sind nicht nur im öffentlichen Sektor tätige Personen betroffen, sondern oft auch Familienangehörige von Verdächtigen.⁶⁴ Die Umsetzung der Reisepass-Annullierungen kann unterschiedlich sein. Es handle sich hierbei nach Angaben einer Kontaktperson um einen Graubereich. Es sei deswegen nicht klar, wessen Reisepass tatsächlich annulliert wurde.⁶⁵

Beschwerdemöglichkeit gegen Entlassungen. Nach aktuellen Angaben des Berichts der *International Crisis Group* ist die vorgesehene Kommission zur Beurteilung von Beschwerden bisher noch nicht funktionsfähig. Der Prozess, eine Entlassung anzufechten, habe sich laut Angaben Betroffener immer wieder verändert und sei beschwerlich.⁶⁶ Weil gerichtliche Verfahren langsam abgewickelt werden und Rechtsanwälte unwillig sind, Personen mit Terrorismusanklagen zu vertreten, haben laut verschiedenen Quellen Betroffene nur wenig Vertrauen in die Beschwerdemöglichkeiten.⁶⁷ *Amnesty International* hielt am 22. Februar 2017 fest, dass es kaum möglich sei, gerichtlich gegen die Entlassungen vorzugehen.⁶⁸ Die Entlassenen leiten auch

⁶⁰ Telefoninterview im Januar 2017 mit betroffenen Kontaktpersonen vor Ort.

⁶¹ Europäische Kommission, Turkey 2016 Report, 9. November 2016, S. 17.

⁶² Da die Krankenversicherung der betroffenen Familien über die Arbeitsstelle der Entlassenen garantiert gewesen sei, sei laut Kontaktpersonen seit der Entlassung die gesamte Familie ohne Krankenversicherung. Lehrpersonen seien drei Monate nach der Entlassung nicht mehr krankenversichert. CoE-PACE, The functioning of democratic institutions in Turkey, 5. April 2017, S. 21; Telefoninterview im Januar 2017 mit betroffenen Kontaktpersonen vor Ort.

⁶³ IHOP/IHD, Fact Sheet, 17. Februar 2017, S. 5; CoE, Committee on the Honouring of Obligations and Commitments by Member States of the Council of Europe, Post - monitoring dialogue with Turkey, 12. Dezember 2016, S. 3; IHD, The Decree Devised within the Scope of the Emergency State Law and Ignoring Human Rights and Fundamental Principles of Rule Of Law Should Be Urgently Revoked, 28. Juli 2016: www.ihd.org.tr/en/index.php/2016/07/28/the-decree-devised-within-the-scope-of-the-emergency-state-law-and-ignoring-human-rights-and-fundamental-principles-of-rule-of-law-should-be-urgently-revoked/.

⁶⁴ So sei der Kontaktperson zum Beispiel auch ein Fall bekannt, bei welchem gegen eine Person wegen angeblicher Verbindungen zur PKK ein Strafverfahren laufe. Die Person sei weiterhin auf freiem Fuss, aber der Reisepass des Ehepartners sei annulliert worden. Interview im Dezember 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich.

⁶⁵ Der Reisepass aller Beamtinnen und Beamten, die dauerhaft entlassen wurden, seien konfisziert worden. Die Personen, welche nur suspendiert wurden, unterliegen einem Reiseverbot. Diese müssten sich bei den Behörden nach dem aktuellen Status ihres Reisepasses erkundigen. Ebenda.

⁶⁶ Laut Dekret 685 vom 23. Januar 2017 sollte eine zentrale Untersuchungskommission mit sieben Mitgliedern Beschwerden gegen Entlassungen beurteilen. Gegen die Entscheidung der Kommission kann Beschwerde vor Gericht eingereicht werden. ICG, Managing Turkey's PKK Conflict, The Case of Nusaybin, 2. Mai 2017, S. 11; IHOP/IHD, Fact Sheet, 17. Februar 2017, S. 25-26.

⁶⁷ Ebenda; Telefoninterview im Januar 2017 mit betroffenen Kontaktpersonen vor Ort.

⁶⁸ AI, The State of the World's Human Rights - Turkey, 22. Februar 2017

aus Angst vor möglichen Nachteilen oder vor Vergeltung durch staatliche Behörden ihre Fälle nicht an regierungskritische Organisationen oder Parteien⁶⁹ weiter.⁷⁰

4.2 Prekäre Situation im Südosten, aussergesetzliche Tötungen

Prekäre Menschenrechtssituation im Südosten. Während des aktuellen Ausnahmezustands hat sich laut *Amnesty International* die Menschenrechtssituation im Südosten weiter verschlechtert und die Zonen der Ausgangssperren⁷¹ sind von Menschenrechtsverletzungen und von Straflosigkeit der Täter gekennzeichnet.⁷² Der *Commissioner for Human Rights des Europarats* und der *UNO-Hochkommissar für Menschenrechte* halten fest, dass es alarmierende und glaubhafte Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen der Sicherheitskräfte im Südosten gibt. Dazu gehörten willkürliche Festnahmen, Folter, Misshandlungen sowie die Verhinderung medizinischer Nothilfe für Verwundete.⁷³ Im Februar 2017 berichtete beispielsweise der türkische Menschenrechtsverein *İnsan Hakları Derneği* (IHD) von aktuellen schweren Rechtsverstössen der Sicherheitskräfte.⁷⁴ Auch soll es weiterhin regelmässig zu Verhaftungen von Zivilistinnen und Zivilisten im Südosten kommen. Praktisch alle Leute, deren Häuser zerstört wurden, würden laut einer Kontaktperson von den Sicherheitskräften als potentielle «Terroristen» registriert.⁷⁵

Zivilbevölkerung auch unter Druck der PKK. Die PKK ist verantwortlich für verschiedene Anschläge und gewalttätige Zusammenstösse, bei welchen Sicherheitskräfte und Zivilpersonen getötet oder verletzt wurden. Zudem übt die PKK massiven Druck auf die Zivilbevölkerung im Südosten aus. So wurden Personen, darunter auch

⁶⁹ Die oppositionelle Partei *Cumhuriyet Halk Partisi* (CHP) hat nach Angaben der Zeitung *Hurriyet Daily News* vom 20. September 2016 eine eigene Kommission gegründet, welche Fälle von Beschwerden sammelt und bis zu jenem Zeitpunkt bereits 37'000 Beschwerden gesammelt hatte. *Hurriyet Daily News*, CHP urges fair trial, cites 1 million sufferers in post-coup process, 20. September 2016: www.hurriyetdailynews.com/chp-urges-fair-trial-cites-1-million-sufferers-in-post-coup-process.aspx?pageID=238&nid=104053.

⁷⁰ Telefoninterview im Januar 2017 mit betroffenen Kontaktpersonen vor Ort.

⁷¹ Seit August 2015 verhängt der türkische Staat Ausgangssperren in mehreren Distrikten im Südosten der Türkei, um dort «die öffentliche Ordnung wiederherzustellen». Siehe SFH, Türkei, Situation im Südosten, 25. August 2016, S. 7-14.

⁷² AI, *Displaced and Dispossessed, Sur Resident's Right to Return Home*, 6. Dezember 2016, S. 11: www.amnesty.org/download/Documents/EUR4452132016ENGLISH.PDF.

⁷³ CoE-CommDH, *Memorandum on the Human Rights Implications of Anti-Terrorism Operations in South-Eastern Turkey*, 2. Dezember 2016, S. 8-13; 22: www.ecoi.net/file_upload/1226_1481027159_commdh-2016-39-en.pdf; UN Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR), *Need for transparency, investigations, in light of alarming reports of major violations in south-east Turkey – High Commissioner Zeid*, 10. Mai 2016: www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=19937&LangID=E.

⁷⁴ Laut eines Artikels in der NZZ sollen türkische Soldaten Zivilisten während einer Ausgangssperre im Dorf Koruköy in der Provinz Mardin gefoltert haben. In sozialen Netzwerken sollen von den Soldaten gemachte Fotografien von schwer misshandelten Männern und von geschändeten Leichen aufgetaucht sein. Zudem wurden rund 50 Personen festgenommen, darunter auch viele Frauen. Der Zugang zum Dorf werde unabhängigen Beobachtern verwehrt. NZZ, *Foltervorwürfe an die türkische Armee*, 23. Februar 2017: www.nzz.ch/kurdenkonflikt-in-der-tuerkei-foltervorwurfe-an-die-tuerkische-armee-ld.147382.

⁷⁵ Interview im Januar 2017 mit Kontaktperson mit Expertenkenntnis zur Situation im Südosten.

Jugendliche bedroht, zwangsrekrutiert, entführt und erpresst. Auch sei medizinische Hilfe für die Zivilbevölkerung verhindert worden.⁷⁶

Aussergesetzliche Tötungen und Straflosigkeit. Das *US Department of State*, das *UN Committee Against Torture*, *Amnesty International* und *Human Rights Watch* berichten, dass es glaubwürdige Anschuldigungen gibt, dass Sicherheitskräfte im Rahmen der Sicherheitsoperationen im Südosten Personen aussergesetzlich getötet haben.⁷⁷ Verschiedene Quellen weisen darauf hin, dass es aktuell weiterhin zu aussergesetzlichen Tötungen durch Sicherheitskräfte kommt.⁷⁸ Türkische Sicherheitskräfte geniessen aufgrund der im Juni 2016 eingeführten Gesetzesänderungen für Rechtsverstösse während der Sicherheitsoperationen im Südosten faktisch Straffreiheit.⁷⁹ Dazu kommt, dass Untersuchungen mutmasslicher aussergesetzlicher Tötungen behindert werden oder im Sand verlaufen.⁸⁰

4.3 Willkürliche Verhaftungen, Folter und Misshandlungen

Willkürliche Verhaftungen, grosse Zahl Verhafteter nach dem Putschversuch. Bereits vor dem Putschversuch und dem Ausnahmezustand gab es eine Vielzahl willkürlicher Festnahmen und Inhaftierungen.⁸¹ Nach dem Putschversuch ist die Zahl der

⁷⁶ OHCHR, Report on the human rights situation in South-East Turkey; July 2015 to December 2016, Februar 2017, S. 4: www.ecoi.net/file_upload/1226_1489578695_ohchr-south-east-turkeyreport-10march2017.pdf; Interview im Dezember 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson.

⁷⁷ Laut AI gibt es Hinweise, dass Sicherheitskräfte während Sicherheitsoperationen die Anordnung hatten, alle bewaffneten Personen zu erschiessen, was auch dazu geführt habe, dass unbewaffnete Zivilpersonen getötet oder verletzt wurden. Human Rights Watch berichtet, dass im Jahr 2016 während der Sicherheitsoperationen in Cizre Sicherheitskräfte unbewaffnete Zivilistinnen und Zivilisten – darunter auch Kinder – getötet und verletzt haben. In Cizre kamen 130 verletzte Bewaffnete und unbewaffnete Zivilisten in drei von Sicherheitskräften umzingelten Kellern unter bisher ungeklärten Umständen ums Leben. Die SFH hat im Themenpapier vom August 2016 weitere dokumentierte Fälle aufgeführt. USDOS, Country Reports on Human Rights Practices for 2016, Turkey, 3. März 2017; AI, The State of the World's Human Rights - Turkey, 22. Februar 2017; HRW, World Report 2017, Turkey, 12. Januar 2017, S. 5; SFH, Türkei, Situation im Südosten, 25. August 2016, S. 10-11; UN Committee Against Torture (CAT), Concluding observations on the fourth periodic reports of Turkey, 2. Juni 2016, S.4: www.refworld.org/docid/57a98fe64.html.

⁷⁸ NZZ, Tötung in Diyarbakir, Türkische Polizei im Zwielficht, 24. März 2017: www.nzz.ch/international/toetung-in-diyarbakir-tuerkische-polizei-im-zwielficht-ld.153437; IHD, Observation Report on Alleged Violations in Kuruköy Village (Xeraba Bava Village) of Nusaybin, Mardin, 13. März 2017: www.ihd.org.tr/en/index.php/2017/03/13/1401; NZZ, Foltterwürfe an die türkische Armee, 23. Februar 2017.

⁷⁹ HRW, World Report 2017, Turkey, 12. Januar 2017, S. 5; OHCHR News, Preliminary observations and recommendations of the United Nations Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman and degrading treatment or punishment, 2. Dezember 2016.

⁸⁰ Die Untersuchungen zum Tod von 130 Personen, darunter auch Zivilpersonen in Kellern in Cizre haben bisher keine Fortschritte ergeben. Der Gouverneur in der Provinz Agri verweigerte die Genehmigung für Ermittlungen gegen zwei Polizisten im Zusammenhang mit dem Tod von zwei Jugendlichen in der Stadt Diyadin. Die Ermittlungen um die Ermordung des renommierten kurdischen Menschenrechtsverteidigers und Vorsitzenden der Anwaltskammer von Diyarbakir Tahir Elçi vom November 2015 werden dadurch erschwert, dass der Tatort nicht umfassend untersucht worden war und es keine verwertbaren Videoaufnahmen gab. AI, The State of the World's Human Rights - Turkey, 22. Februar 2017.

⁸¹ Insbesondere im Südosten gegen Menschenrechtsverteidigende, Anwälte, Akademiker, Medienschaffende, Oppositionelle und Terrorverdächtige. OHCHR, Need for transparency, investigations, in light of alarming reports of major violations in south-east Turkey – High Commissioner Zeid, 10. Mai 2016; International Federation for Human Rights, What Turkey really is, 18 April 2016: www.fidh.org/en/issues/migrants-rights/what-turkey-really-is; World Organisation Against Torture (OMCT), Turkey, Arbitrary arrest and subsequent release of 49 individuals participating in a press conference organised by the İzmir Peace Block, 11. Februar 2016: www.omct.org/human-rights-defenders/urgent-interventions/turkey/2016/02/d23616/.

Verhaftungen dramatisch angestiegen. Seit dem Putschversuch bis zum 15. Juli 2017 sollen deutlich mehr als 100'000 Personen durch die Polizei festgenommen und mehr als 50'000 Personen in Untersuchungshaft⁸² gesetzt worden sein.⁸³ Eine grosse Zahl der Verhaftungen soll willkürlich gewesen sein und viele Personen wurden in Untersuchungshaft gesetzt, obwohl Beweise oder überzeugende Gründe für angebliche Straftaten fehlen.⁸⁴ Nach im November 2016 gemachten Einschätzung einer vor Ort tätigen Kontaktperson mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich bestehe aufgrund der Willkür zurzeit für fast jede Person ein reales Risiko, verhaftet zu werden.⁸⁵ Verhafteten werde oft vorgeworfen, dass sie Mitglieder einer Terrororganisation seien. Aktuell finden laut einer Kontaktperson Verfolgungsmassnahmen gegen eine breite Zielgruppe statt, die nicht direkt mit dem Putschversuch in Zusammenhang stehen.⁸⁶ Zudem gibt es Berichte über mehrere entführungsähnliche Verhaftungen.⁸⁷

Problematische Dekrete und Praktiken des Ausnahmezustands erhöhen Risiko von Folter und Misshandlungen. Der *UNO-Sonderberichterstatter zu Folter, Amnesty International* und *Human Rights Watch* betonen, dass verschiedene Bestimmungen der während des weiterhin anhaltenden Ausnahmezustands erlassenen Dekrete (Verlängerung Polizeihaft, Aufzeichnung Gespräche mit Anwaltschaft, eingeschränkter Zugang zu Rechtsbeistand) die Anwendung von Folter und Misshandlungen in Haft fördern.⁸⁸ Medizinische Untersuchungen von Inhaftierten wurden nach Angaben von

⁸² Gesetzlich ist in der Türkei eine Untersuchungshaft von bis zu fünf Jahren erlaubt. Personen in Untersuchungshaft werden zusammen mit verurteilten Personen in den gleichen Haftanstalten untergebracht. USDOS, Country Report on Human Rights Practices 2016 - Turkey, 3. April 2017.

⁸³ Turkey Purge, Home Page, Turkey widens post-coup surge, 15. Mai 2017.

⁸⁴ HRW gab an, dass ihnen Fälle vorlagen, in welchen Personen verhaftet wurden, nur weil ihre Namen auf Listen mit mutmasslichen Verdächtigen erschienen oder aufgrund angeblicher Verbindungen mit einer terroristischen Organisation und angeblicher Bedrohung der nationalen Sicherheit. Die Behörden hätten vor Gericht keinerlei Beweise für die angeschuldigten Straftaten vorlegen können. HRW, World Report 2017, Turkey, 12. Januar 2017, S. 3; HRW, A Blank Check, Oktober 2016, S. 11; 26; HRW, Judges, Prosecutors, unfairly jailed, 5. August 2016: www.hrw.org/news/2016/08/05/turkey-judges-prosecutors-unfairly-jailed; AI, Independent monitors must be allowed, 24. Juli 2016.

⁸⁵ Interview im November 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich.

⁸⁶ Interview im November 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson.

⁸⁷ Dabei soll es sich laut IHD um den DBP-Politiker Hurşit Külter, die kurdische TV-Moderatorin Müjgan Ekin und eine weitere Person gehandelt haben. Hurşit Külter, der Vorsitzende der DBP in Sirnak, verschwand laut AI am 27. Mai 2016. Es gibt verschiedene Anhaltspunkte, dass die Person von Sicherheitskräften verhaftet wurde. Nach Angaben von IHD habe Hurşit Külter am 7. Oktober 2016 in Erbil in Irak öffentlich angegeben, dass er in Sirnak illegal verhaftet worden sei und später entkommen konnte. Müjgan Ekin, Moderatorin des kurdischen Fernsehsenders Özgür Gün TV und DBP-Politikerin, verschwand am 24. Oktober 2016 in Ankara. Nach Angaben eines Taxifahrers soll sie von Zivilbeamten verhaftet worden sein. Anfragen bei den Behörden durch die Familie ergaben keine Informationen und sie wurde vermisst gemeldet. Nach Angaben von IHD soll Müjgan Ekin ihre Familie am 11. und 25. Dezember 2016 telefonisch informiert haben, dass sie illegal verhaftet und während 48 Tagen unter Folter verhört wurde. Sie sei anschliessend in Jarabulus in Syrien freigelassen worden. Schliesslich sei IHD in Diyarbakir von der Ehefrau von Taşkın Yasak am 3. Dezember 2016 informiert worden, dass ihr Ehemann seit drei Tagen verschwunden sei. IHD verlangte daraufhin auf offiziellem Wege von den Behörden, die Familie zu informieren, ob der Mann sich in Polizeihaft befinde. Darauf folgend sei der Ehemann wieder nach Hause zurückgekehrt. Nach Angaben von IHD war diese Person zuvor illegal verhaftet worden. AI, Turkey, Security operations in south-east Turkey risk return to widespread human rights violations seen in the 1990s, 30 Juni 2016, S. 2: www.amnesty.org/en/documents/eur44/4366/2016/en/; IHD, Claims of Disappearances in Custody in 2016, 26. Dezember 2016: www.ihd.org.tr/en/index.php/2016/12/26/regarding-disappearances-in-custody-of-2016/; The Kurdish Institute, Where is Müjgan Ekin? 19. Dezember 2016: www.kurdishinstitute.be/where-is-mujgan-ekin/.

⁸⁸ AI, The State of the World's Human Rights - Turkey, 22. Februar 2017; HRW, World Report 2017, Turkey, 12. Januar 2017; OHCHR News, Preliminary observations and recommendations of the

Amnesty International zudem in Anwesenheit von Polizisten durchgeführt und den Rechtsvertretenden der Gefangenen die Einsicht in die entsprechenden ärztlichen Gutachten willkürlich verweigert.⁸⁹ Verschiedene Quellen halten fest, dass im gleichen Zeitraum die Zahl der Berichte zu Folter und Misshandlungen in Polizeihaft zugenommen habe.⁹⁰

Berichte von Misshandlungen und Folter – auch gegen angebliche PKK-Verdächtige. Seit der erneuten Eskalation des Kurdenkonflikts Mitte 2015 und dem Putschversuch Mitte 2016 haben Folter und Misshandlungen durch Sicherheitskräfte stark zugenommen.⁹¹ Auch aktuell gibt es insbesondere im Südosten Fälle von Folter und Misshandlungen durch Sicherheitskräfte.⁹² Die *Neue Zürcher Zeitung* berichtete beispielsweise im Februar 2017, dass türkische Sicherheitskräfte in der Provinz Mardin im Südosten des Landes Zivilisten wegen angeblicher Verbindungen zur PKK gefoltert haben sollen.⁹³ Der *UNO-Sonderberichterstatter zu Folter* gab im April 2017 an, dass Folter in der Türkei nach dem Putschversuch weit verbreitet war und dass er glaubwürdige Hinweise habe, dass sie im Kurdenkonflikt weiterhin regelmässig und verbreitet praktiziert wird.⁹⁴ In verschiedenen Quellen sind zahlreiche Einzelfälle von Folter, Misshandlungen, Vergewaltigungen, sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungsdrohungen in Haft dokumentiert – darunter auch von Personen, die wegen angeblicher Verbindungen zur PKK beschuldigt wurden. Die Betroffenen berichten unter anderem, dass sie in massiver Weise geprügelt wurden, an den Sexualorganen gefoltert und mit Knüppeln vergewaltigt wurden. Die Personen seien unter Folter gezwungen worden, Geständnisse zu unterschreiben oder weitere Verdächtige auf Fotografien zu identifizieren.⁹⁵

United Nations Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman and degrading treatment or punishment, 2. Dezember 2016.

⁸⁹ AI, *The State of the World's Human Rights - Turkey*, 22. Februar 2017.

⁹⁰ Ebenda; HRW, *World Report 2017, Turkey*, 12. Januar 2017; OHCHR News, *Preliminary observations and recommendations of the United Nations Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman and degrading treatment or punishment*, 2. Dezember 2016.

⁹¹ Nach am 22. Februar 2017 gemachten Angaben von AI häuften sich die Berichte über Folter und andere Misshandlungen in Polizeihaft in den unter Ausgangssperren stehenden Regionen im Südosten, und nach dem Putschversuch verstärkt auch aus Ankara und Istanbul. Die NGO IHD berichtet, dass sie im Jahr 2016 hunderte von Anfragen in Verbindung mit Folttervorwürfen und unmenschlicher Behandlung in Haft und ausserhalb von Polizeistationen erhalten habe. USDOS, *Country Reports on Human Rights Practices for 2016, Turkey*, 3. März 2017; AI, *The State of the World's Human Rights - Turkey*, 22. Februar 2017; IHD, *IHD's 2016 Report on Human Rights Violations in eastern and Southeastern Anatolia Region*, 1. Februar 2017; Interviews im November und Dezember 2016 mit vor Ort tätigen Kontaktpersonen mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich; BBC News, *Turkey torture claims in wake of failed coup*, 28. November 2016: www.bbc.co.uk/news/world-europe-38123926; HRW, *A Blank Check*, Oktober 2016, S. 3-4; 14-16.

⁹² HRW, *World Report 2017, Turkey*, 12. Januar 2017; IHD, *IHD's 2016 Report on Human Rights Violations in eastern and Southeastern Anatolia Region*, 1. Februar 2017; Interview im Dezember 2016 mit vor Ort tätigen Kontaktpersonen mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich; CAT, *Concluding observations on the fourth periodic reports of Turkey*, 2 Juni 2016, S.3.

⁹³ NZZ, *Folttervorwürfe an die türkische Armee*, 23. Februar 2017.

⁹⁴ Tages Anzeiger, «Folter stinkt nach Erbrochenem», 28. April 2017: www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/folter-stinkt-nach-erbrochenem/story/20594666; OHCHR News, *Preliminary observations and recommendations of the United Nations Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman and degrading treatment or punishment*, 2. Dezember 2016.

⁹⁵ BBC News, *Turkey torture claims in wake of failed coup*, 28. November 2016; HRW, *A Blank Check*, Oktober 2016, S. 28-44.

Straflosigkeit der Sicherheitskräfte. Verschiedene Quellen berichten, dass Rechtsverstöße und Misshandlungen durch Sicherheitskräfte in der Türkei straffrei bleiben.⁹⁶ Aufgrund der im Juni 2016 eingeführten Gesetzesänderungen haben Sicherheitskräfte während der Sicherheitsoperationen im Südosten faktisch Straffreiheit.⁹⁷ Laut *UNO-Sonderberichterstatter zu Folter* fördert diese Immunität Folter und Misshandlungen.⁹⁸ *Human Rights Watch* weist im Oktober 2016 darauf hin, dass das nach Putschversuch erlassene Dekret 667 vom Juli 2016 die äusserst problematische Weisung enthält, dass «Personen, welche im Rahmen dieses Dekretes Entscheidungen treffen oder ihre Aufgabe erfüllen, keinerlei rechtliche, administrative, finanzielle oder strafrechtliche Verantwortung für diese tragen». Dies sei ein klares Signal an die Sicherheitskräfte, dass Misshandlungen von Inhaftierten straffrei bleiben. Offizielle Vertreter der Regierung hätten zudem öffentlich zu Misshandlungen gegen Putschisten aufgerufen.⁹⁹ *Amnesty International* berichtet, dass zu Foltervorwürfen eingeleitete Ermittlungen nicht zielführend waren. Behördensprecher weisen Foltervorwürfe pauschal zurück. Kritische NGOs, die über Folter berichteten, wurden von der Regierung als Werkzeuge der Gülen-Bewegung bezeichnet. Drei türkische Anwaltsvereinigungen, welche zu Folter und Polizeigewalt arbeiteten, wurden im November 2016 durch ein Dekret geschlossen.¹⁰⁰ Viele von Folter und Misshandlungen Betroffene reichen nach Angaben des *UNO-Sonderberichterstatters zu Folter* und weiterer Quellen keine Beschwerde ein, da sie Vergeltung gegen sich selber oder ihre Familien befürchten. Zudem misstrauen die Betroffenen der Justiz und dem Willen, Foltervorwürfe tatsächlich zu untersuchen. Personen, die eine Beschwerde eingereicht hätten, gaben an, dass die Staatsanwaltschaft diesen bisher nicht nachgegangen sei.¹⁰¹

4.4 Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit

Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Regierungskritische Demonstrationen im Inland werden laut *Human Rights Watch* und *Amnesty International* häufig durch die türkischen Behörden verboten oder gewalttätig aufgelöst.¹⁰² Verschiedene Verschärfungen der letzten Jahre ermöglichen Gefängnisstrafen für Demonstrationsteilnehmende in der Türkei.¹⁰³

-
- ⁹⁶ AI, *The State of the World's Human Rights - Turkey*, 22. Februar 2017; Amnesty International; ARTICLE 19; Human Rights Watch; PEN International, *Joint Letter to the Members of the Parliamentary Assembly of the Council of Europe*, 20. Januar 2017, S. 2; Interviews im November und Dezember 2016 mit vor Ort tätigen Kontaktpersonen mit Expertenwissen zur Menschenrechtslage; CAT, *Concluding observations on the fourth periodic reports of Turkey*, 2. Juni 2016, S.3.
- ⁹⁷ HRW, *World Report 2017, Turkey*, 12. Januar 2017, S. 5; OHCHR News, *Preliminary observations and recommendations of the United Nations Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman and degrading treatment or punishment*, 2. Dezember 2016.
- ⁹⁸ OHCHR News, *Preliminary observations and recommendations of the United Nations Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman and degrading treatment or punishment*, 2. Dezember 2016.
- ⁹⁹ HRW, *A Blank Check*, Oktober 2016, S. 44-45.
- ¹⁰⁰ AI, *The State of the World's Human Rights - Turkey*, 22. Februar 2017.
- ¹⁰¹ USDOS, *Country Reports on Human Rights Practices for 2016, Turkey*, 3. März 2017; OHCHR News, *Preliminary observations and recommendations of the United Nations Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman and degrading treatment or punishment*, 2. Dezember 2016.
- ¹⁰² AI, *The State of the World's Human Rights - Turkey*, 22. Februar 2017; HRW, *World Report 2017, Turkey*, 12. Januar 2017, S. 3-4.
- ¹⁰³ Eine Gesichtsverhüllung bei einer Demonstration kann so nach einer Gesetzesänderung im März 2015 beispielsweise eine Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren zur Folge haben. International Center for Not-for-Profit Law, *Civic Freedom Monitor: Turkey*, 26. Oktober 2016: www.icnl.org/research/monitor/turkey.html.

Schliessung von NGOs, Vereinigungen, Stiftungen. Mittels Dekret wurden im November 2016 die Aktivitäten von 370 NGOs eingestellt.¹⁰⁴ Verschiedene Kontaktpersonen nannten der SFH im Dezember 2016 die weit höhere Zahl von insgesamt mindestens 550 geschlossenen NGOs. Den geschlossenen NGOs werde oft Zugehörigkeit zur PKK oder der Gülen-Bewegung vorgeworfen. Stattdessen handle es sich nach Einschätzung von Kontaktpersonen in vielen Fällen oft um regierungskritische, linke oder prokurdische Organisationen.¹⁰⁵ Teilweise wurden die Schliessungen nicht begründet und die finanziellen Mittel der NGOs in den staatlichen Haushalt transferiert, wodurch diese faktisch handlungsunfähig wurden.¹⁰⁶ Zwischen Juli 2016 und dem 23. Februar 2017 wurden 1583 Vereinigungen und 141 Stiftungen mittels Dekreten aufgelöst. Die finanziellen Mittel wurden in den Staatshaushalt überführt.¹⁰⁷ Nach Angaben von Kontaktpersonen erschweren Behörden die Arbeit von kritischen NGOs, überwachen deren Aktivitäten und schüchtern deren Mitarbeitende ein.¹⁰⁸

Meinungsfreiheit in der Türkei drastisch eingeschränkt. Auch die Meinungsfreiheit ist in der Türkei aktuell starken Repressionen ausgesetzt.¹⁰⁹ Verschiedene Artikel des Strafgesetzes schränken Presse- und Meinungsfreiheit direkt ein.¹¹⁰ Nach Angaben des *US Department of State* wurden im Jahr 2016 hunderte von Personen, darunter Medienschaffende und Minderjährige, angeklagt, den Präsidenten, den Premierminister oder staatliche Institutionen beleidigt zu haben. Insgesamt rund 4000 solche Fälle sollen Ende Juli 2016 hängig gewesen sein.¹¹¹ *Reporter ohne Grenzen* berichtete im April 2017, dass Gegner des Verfassungsreferendums vom 16. April 2017 eingeschüchtert, verhaftet, Gewalt ausgesetzt und «dämonisiert» wurden.¹¹²

Repression gegen kritische Medien. Nach Angaben von *Human Rights Watch* versucht die Regierung, kritische Medien mittels verschiedener Massnahmen zum Schweigen zu bringen.¹¹³ Behörden schränken die oppositionelle Medienlandschaft

¹⁰⁴ Unter diesen befanden sich unter anderem eine Kinderrechtsgruppe, drei Anwaltsvereinigungen mit Menschenrechtsfokus, sowie Frauenrechtsgruppen und humanitäre Organisationen im Südosten. HRW, World Report 2017, Turkey, 12. Januar 2017, S. 4.

¹⁰⁵ Nicht alle geschlossenen NGOs würden in den Staatsanzeigern aufgeführt, da diese teilweise mit einer lokalen Weisung der Behörden geschlossen wurden. Interviews vom November und Dezember 2016 mit Kontaktpersonen vor Ort mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich.

¹⁰⁶ Interview im November 2016 mit Kontaktpersonen von betroffener NGO.

¹⁰⁷ 182 der Vereinigungen und 19 der Stiftungen wurden später wieder geöffnet. IHOP/IHD, Fact Sheet, 23. Februar 2017, S. 22.

¹⁰⁸ Interviews vom November und Dezember 2016 mit Kontaktpersonen vor Ort mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich

¹⁰⁹ AI, The State of the World's Human Rights - Turkey, 22. Februar 2017; HRW, World Report 2017, Turkey, 12. Januar 2017, S. 3-4.

¹¹⁰ Zum Beispiel durch die Verbote, Verbrechen oder Verbrecher zu rühmen, die Bevölkerung zu Feindseligkeit, Hass oder Verunglimpfung anzustiften, Artikel zum Schutz der öffentlichen Ordnung oder die Kriminalisierung von Beleidigungen. USDOS, Country Reports on Human Rights Practices for 2016, Turkey, 3. März 2017.

¹¹¹ Obwohl Präsident Erdogan im Juli 2016 ankündigte, alle Beleidigungsklagen zurückzuziehen, begann er kurz nach der Ankündigung neue Klagen einzureichen. Ebenda.

¹¹² Die Polizei führte Razzien gegen Referendumsgegner durch. Präsident Erdogan setzte Gegner in einer Rede vom 11. April 2017 mit den Putschisten gleich. AKP-Anhänger attackierten zudem Informationsstände und Treffen. Staatsnahe Medien berichteten kaum über die Übergriffe. Die Zeitung *Hürriyet* verweigerte die Publikation eines Interviews mit dem Nobelpreisträger und prominenten Referendumsgegner Orhan Pamuk. Medienschaffende und Politiker, die sich gegen das Referendum aussprachen, wurden entlassen und aus ihrer Partei ausgeschlossen. RSF, With no media pluralism, referendum road clear for Erdoğan, 12. April 2017: www.rsf.org/en/news/no-media-pluralism-referendum-road-clear-erdogan.

¹¹³ HRW, World Report 2017, Turkey, 12. Januar 2017, S. 3-4.

massiv ein, verhafteten Medienschaffende und haben rund 160 Medienunternehmen mittels Regierungserlass willkürlich und dauerhaft geschlossen.¹¹⁴ Häufig wurden Medien unter vagen Vorwürfen der Verbindung zu «terroristischen Organisationen» geschlossen, darunter sämtliche unabhängige kurdische Medien.¹¹⁵ Die Vermögenswerte geschlossener Medienhäuser wurden ohne Entschädigung konfisziert.¹¹⁶ Medienprodukte wurden durch von der Regierung eingesetzte Verwalter übernommen.¹¹⁷ Eine zunehmende Anzahl von Medienhäusern ist in Besitz von regierungsnahen oder mit der Regierung in Verbindung stehenden Kreisen.¹¹⁸ Medienunternehmen werden direkt oder indirekt unter Druck gesetzt, ihre redaktionelle Ausrichtung anzupassen und regierungskritisches Medienpersonal zu entlassen.¹¹⁹ Seit Juli 2016 haben mehr als 2500 Medienschaffende ihre Stelle verloren, weil durch Dekrete Medien geschlossen wurden.¹²⁰ Mindestens 775 Presseakkreditierungen wurden eingezogen und die Reisepässe von hunderten von Medienschaffenden eingezogen.¹²¹ Das massive Vorgehen gegen kurdische Medien hat die Berichterstattung über Ereignisse im Südosten des Landes beeinträchtigt.¹²²

Zensur und Konfiszierung von Büchern und Publikationen, Besitz von Büchern kann zu Strafverfolgung führen. Bücher und Zeitschriften müssen vor der Publikation den Behörden zur Überprüfung vorgelegt werden. Die Polizei führte Razzien und Konfiszierungen an Buchmessen sowie von Buchlieferungen im Südosten des Landes durch. Schulen sind zunehmend vorsichtig bei der Auswahl von Büchern, die sie ihren Schülerinnen und Schülern zu lesen erlauben. Staatsanwaltschaften betrachteten den Besitz von prokurdischen oder Gülen-Büchern als glaubwürdigen Beweis für eine Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation.¹²³

Verschärfte Internetzensur. Nach Angaben verschiedener Quellen verschärft sich die Internetzensur in der Türkei laufend. Behörden erliessen von der Justiz bewilligte Anordnungen zur Entfernung und Blockierung von Inhalten, darunter auch Webseiten und Konten in sozialen Medien oder die Webseite von Wikipedia.¹²⁴ Die Türkei hat

¹¹⁴ AI, The State of the World's Human Rights - Turkey, 22. Februar 2017.

¹¹⁵ AI, Das Ende der Pressefreiheit, 21. Februar 2017: www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/tuerkei/dok/2017/das-ende-der-pressefreiheit.

¹¹⁶ IHOP/IHD, Fact Sheet, 23. Februar 2017, S. 19.

¹¹⁷ Medienprodukte der Koza-Ipek Holding sowie der Feza Media Group (darunter die Zeitungen Zaman, Today's Zaman und die Cihan News Agency). CoE-CommDH, Memorandum on freedom of expression and media freedom in Turkey, 15. Februar 2017, S. 3.

¹¹⁸ USDOS, Country Reports on Human Rights Practices for 2016, Turkey, 3. März 2017.

¹¹⁹ CoE-CommDH, Memorandum on freedom of expression and media freedom in Turkey, 15. Februar 2017, S. 2-3; USDOS, Country Reports on Human Rights Practices for 2016, Turkey, 3. März 2017.

¹²⁰ CoE-PACE, The functioning of democratic institutions in Turkey, 5. April 2017, S. 15; HRW, Silencing Turkey's Media, 15. Dezember 2016, S. 1.

¹²¹ RSF, With no media pluralism, referendum road clear for Erdoğan, 12. April 2017.

¹²² Interview im Dezember 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich.

¹²³ USDOS, Country Reports on Human Rights Practices for 2016, Turkey, 3. März 2017.

¹²⁴ NZZ, Herrscher über Moral und Wikipedia, 1. Mai 2017: www.nzz.ch/international/repressionswelle-in-der-tuerkei-herrscher-ueber-moral-und-wikipedia-ld.1289717; AI, The State of the World's Human Rights - Turkey, 22. Februar 2017; NZZ, Ankaras furiose Jagd im Internet, 27. Dezember 2016: www.nzz.ch/international/repression-in-der-tuerkei-ankaras-furioese-jagd-im-internet-ld.136781.

2016 die weltweit höchste Zahl von Anfragen an Twitter getätigt, individuelle Benutzerkonten zu zensurieren.¹²⁵ Im Oktober 2016 liessen Behörden zahlreiche Internetdienste im Südosten des Landes abschalten und schränkten den Zugang zu sozialen Medien ein.¹²⁶

Überwachung der Kommunikation und sozialer Medien. Nach Angaben verschiedener Quellen überwachen türkische Behörden die Kommunikation mittels Telefon oder E-Mail sowie Beiträge in sozialen Medien im Internet.¹²⁷ Die Überwachung durch die Behörden, sowie Einschränkungen bei Verschlüsselung und Anonymität des Internets sind nach Angaben von *Freedom House* besorgniserregend.¹²⁸ Beiträge in sozialen Medien wie Twitter oder Facebook führen immer häufiger zu Verhaftung, Strafverfolgung oder Entlassung aus dem öffentlichen Sektor.¹²⁹ Zwischen Juli und Dezember 2016 wurden mehr als 1600 Personen wegen Beiträgen in sozialen Medien verhaftet.¹³⁰ Nach Angaben von verschiedenen Quellen gibt es in Polizeistationen Anlaufstellen, um verdächtige Beiträge in sozialen Medien zu denunzieren.¹³¹

5 Intern Vertriebene

Grosse Zahl intern Vertriebener, Enteignungen, Zerstörungen, Abriss von Gebäuden. Laut verschiedenen Schätzungen ist von rund 500'000 durch den Konflikt im Südosten intern Vertriebenen auszugehen.¹³² Grosse Teile von Städten im Südosten wurden während und nach den Kampfhandlungen total zerstört. Bewohnerinnen und Bewohner in Sur (Diyarbakir), Cizre, Silopi, Yüksekova und in weiteren Gebieten wurden mittels «Notenteignungsbefehl» von den Behörden enteignet und ihre Häuser abgerissen. In gewissen Städten wie Nusaybin und Sirnak wurden Häuser auch ohne «Notenteignungsbefehl» abgerissen.¹³³

Prekäre Situation der Vertriebenen. Die Betroffenen mussten in der Regel ihre Wohnungen oder Häuser innert weniger Stunden verlassen und haben oft nur das Nötigsten mitnehmen können.¹³⁴ Die Rückkehr in die Wohngebiete wurde durch anhaltende Ausgangssperren oder massive Zerstörungen verhindert. Die Behörden haben den

¹²⁵ HRW, World Report 2017, Turkey, 12. Januar 2017, S. 3.

¹²⁶ AI, The State of the World's Human Rights - Turkey, 22. Februar 2017.

¹²⁷ Laut USDOS gibt es Beweise, dass türkische Behörden private Online-Kommunikation überwachen. USDOS, Country Reports on Human Rights Practices for 2016, Turkey, 3. März 2017; Interviews im November 2016 mit vor Ort tätigen Kontaktpersonen; Freedom House, Freedom on the Net 2016 - Turkey, November 2016: <https://freedomhouse.org/report/freedom-net/2016/turkey>.

¹²⁸ Freedom House, Freedom on the Net 2016 - Turkey, November 2016.

¹²⁹ Ebenda; Interviews im November 2016 mit vor Ort tätigen Kontaktpersonen.

¹³⁰ Der Standard, Massenhafte Festnahmen in der Türkei wegen Beiträgen in Social Media, 24. Dezember 2016: www.derstandard.at/2000049823928/Massenhafte-Festnahmen-in-der-Tuerkei-wegen-Beitraegen-in-Social-Media.

¹³¹ Interviews im November 2016 mit Kontaktpersonen vor Ort.

¹³² AI, Displaced and Dispossessed, 6. Dezember 2016, S. 9; Interview im Dezember 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich.

¹³³ Laut AI erwecke der Prozess den Eindruck, dass Anwohnerinnen und Anwohner gezielt vertrieben wurde, um bestimmte Gebiete zu zerstören und wieder neu aufzubauen, um durch Änderungen in der Infrastruktur und den Transfer von Bevölkerungen die Sicherheit zu erhöhen. AI, Displaced and Dispossessed, 6. Dezember 2016, S. 6-9.

¹³⁴ Ebenda, S. 16; Interview im Dezember 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson mit Expertenwissen zur Situation im Südosten.

Wiederaufbau zerstörter Stadtteile versprochen. Jedoch bleibt laut *Amnesty International* unklar, ob die Betroffenen an ihre angestammten Wohnorte zurückkehren können.¹³⁵ Viele Betroffene sind in umliegende Siedlungen oder Quartiere geflüchtet und dort in Mietwohnungen oder teilweise bei Bekannten oder Verwandten untergekommen.¹³⁶ Laut *Amnesty International* decken die staatlichen Unterstützungszahlungen für Miete und Lebensunterhalt der Vertriebenen nicht die tatsächlichen Lebenshaltungskosten. Ein Teil der Betroffenen soll zudem keinerlei Unterstützungszahlungen erhalten haben. Auch fallen staatliche Kompensationszahlungen für den Verlust von Besitz sehr gering aus und decken nur einen Bruchteil des tatsächlichen Werts der zerstörten Besitztümer. Für viele intern Vertriebene, die zuvor schon in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebten, ist die aktuelle wirtschaftliche Situation prekär.¹³⁷ Schlüsselakteure wie Bürgermeister und NGOs, die Unterstützung für die intern Vertriebenen leisteten, wurden abgesetzt respektive geschlossen.¹³⁸

6 Sozioökonomische Lage

Wirtschaftskrise, steigende Arbeitslosenquote. Die türkische Wirtschaft wird durch die aktuellen politischen Entwicklungen dramatisch beeinträchtigt.¹³⁹ Zum ersten Mal seit fünf Jahren stieg die Inflationsrate wieder auf über 10 Prozent. Die türkischen Konsumentinnen und Konsumenten spüren die verminderte Kaufkraft. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosenquote auf 12,7 Prozent, was dem höchsten Wert seit sieben Jahren entspricht. Viele Unternehmen sind verschuldet und stecken in Zahlungsnot.¹⁴⁰

Grosses Angebot an billigen Arbeitskräften seit der Ankunft von Millionen syrischer Flüchtlinge. Seit der Ankunft von Millionen syrischer Flüchtlinge in der Türkei hat das Angebot an billigen Arbeitskräften schlagartig zugenommen und setzt vor allem die lokalen schlecht qualifizierten und schlecht bezahlten Arbeitnehmenden unter Druck.¹⁴¹

¹³⁵ AI, *Displaced and Dispossessed*, 6. Dezember 2016, S. 8-9.

¹³⁶ Nach Angaben einer Kontaktperson bleiben die meisten intern Vertriebenen im Südosten des Landes und fliehen nicht weiter in den Westen des Landes oder ins Ausland. Interview im November 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson, Interview im Dezember 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich; Interview im Dezember 2016 mit vor Ort tätiger Kontaktperson mit Expertenwissen zur Situation im Südosten.

¹³⁷ AI, *Displaced and Dispossessed*, 6. Dezember 2016, S.16-19.

¹³⁸ Ebenda, S. 5.

¹³⁹ Terroranschläge, die Aushöhlung des Rechtsstaats nach dem Putschversuch, Zwangsenteignungen von Unternehmen mit angeblichen Verbindungen zur Gülen-Bewegung schrecken sowohl Investitionen wie auch Tourismus ab. NZZ, *Die türkische Wirtschaft im Krebsgang, Investorenschreck Erdogan*, 17. März 2017: www.nzz.ch/wirtschaft/die-tuerkische-wirtschaft-im-krebsgang-investorenschreck-erdogan-ld.151834; Interviews im November und Dezember 2016 mit vor Ort tätigen Kontaktpersonen.

¹⁴⁰ NZZ, *Türkische Wirtschaft: Erdogans verletzliche Seite*, 8. April 2017: www.nzz.ch/wirtschaft/tuerkische-wirtschaft-erdogans-verletzliche-seite-ld.887983; NZZ, *Die türkische Wirtschaft im Krebsgang*, 17. März 2017.

¹⁴¹ Telefon-Interview am 23. Oktober 2015 mit Kontaktperson; AI-Monitor, *Syrian refugees aggravate Turkey's unemployment problem*, 9. Juli 2014: www.ai-monitor.com/pulse/originals/2014/07/cetingulec-syrian-refugees-turkey-unemployment-illegal-work.html.

Diskriminierung kurdischer Personen. Menschen kurdischer Ethnie werden in den nicht-kurdisch dominierten Gebieten der Türkei beim Zugang zu Arbeit und Wohnraum häufig diskriminiert.¹⁴² Mit der laufenden Eskalation des Konflikts im Südosten und nach Anschlägen durch die PKK oder ähnliche Gruppierungen verstärkte sich dies immer weiter.¹⁴³ Das aktuelle politische Klima werde auch dazu missbraucht, Menschen kurdischer Ethnie zu beschuldigen, die PKK zu unterstützen, um gegen sie polizeilich zu ermitteln und sie damit wirtschaftlich und sozial zu schädigen.¹⁴⁴

SFH-Publikationen zu Türkei und anderen Herkunftsländern von Flüchtlingen finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH setzt sich dafür ein, dass die Schweiz das in der Genfer Flüchtlingskonvention festgehaltene Recht auf Schutz vor Verfolgung einhält. Die SFH ist der parteipolitisch und konfessionell unabhängige nationale Dachverband der Flüchtlingshilfe-Organisationen. Ihre Arbeit finanziert sie durch Mandate des Bundes sowie über freiwillige Unterstützungen durch Privatpersonen, Stiftungen, Kantone und Gemeinden.

Der SFH-Newsletter informiert Sie über aktuelle Publikationen. Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter.

¹⁴² Interview im Dezember 2016 mit Kontaktperson mit Expertenwissen zur Situation im Südosten; SFH, Türkei: Sozioökonomische Situation rückkehrender Kurdinnen ohne soziales Netzwerk, 26. November 2015; E-Mail-Auskunft von Kontaktperson an die SFH, 16. Oktober 2015; MRT-RRT, Australian Government – Migration Review Tribunal & Refugee Review Tribunal, Country Advice Turkey – TUR39341 – Arranged Marriage – Honour Killings – Kurdish Community – Istanbul – Legal Provisions – Police Protection – Community Attitudes – Women’s Organisations – Relocation, 17. Oktober 2011, S. 9: www.ecoi.net/file_upload/1788_1339521232_tur39341.pdf.

¹⁴³ Interview im Dezember 2016 mit Kontaktperson mit Expertenwissen zur Situation im Südosten.

¹⁴⁴ Telefon-Interview am 23. Oktober 2015 mit Kontaktperson.